

LAURA NASSE

Loi de vigilance:
Das französische
Lieferkettengesetz

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

487

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

487

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Laura Nasse

Loi de vigilance:
Das französische Lieferkettengesetz

Mohr Siebeck

Laura Nasse, geboren 1992; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg i.Br. und Montpellier; 2017 Erste juristische Staatsprüfung; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg; 2021 Promotion; Rechtsreferendariat am Landgericht Heidelberg.

ISBN 978-3-16-161344-9 / eISBN 978-3-16-161345-6
DOI 10.1628/978-3-16-161345-6

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Für Papa

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Wintersemester 2021/2022 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung, Gesetzgebung und Literatur konnten bis Anfang Februar 2022 berücksichtigt werden.

Mein herzlichster Dank gebührt meinem Doktorvater Professor Dr. Marc-Philippe Weller. Zehn ereignisreiche Jahre lang durfte ich an seinen Lehrstühlen in Freiburg und Heidelberg „von klein auf“ lernen, wodurch ich Zugang zu der mir bis dahin unbekanntem Jurawelt fand. Marc-Philippe Wellers ansteckender Begeisterung für Forschung und Lehre sowie seinem feinen Gespür für die individuellen Fähigkeiten und Interessen seiner Mitarbeiter*innen verdanke ich eine lehrreiche und prägende Studien- und Promotionszeit. Nicht zuletzt beim Schreiben dieser Arbeit habe ich fachlich wie menschlich wertvolle Erfahrungen gesammelt, die mich in Zukunft begleiten und an meine „akademische Heimat“ erinnern werden.

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Erik Jayme, LL.M. (Berkeley) gilt mein Dank für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und wertvolle Anregungen zum Manuskript der Arbeit. Den Vorsitz der Disputation hat freundlicherweise Professor Dr. Christoph A. Kern, LL.M. (Harvard) übernommen.

Den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg danke ich herzlich für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe des Instituts. Weiteren Dank schulde ich der Studienstiftung des deutschen Volkes, die mich mit einem Promotionsstipendium ideell und finanziell gefördert hat. Von dem „Arbeitskreis Wirtschaft und Recht“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und der Studienstiftung *ius vivum* habe ich jeweils einen großzügigen Kostenzuschuss für die Drucklegung erhalten.

Neben meinem Doktorvater haben mir Professorin Dr. Stéphanie Francq, LL.M. (Berkeley) und Professor Dr. Ralf Michaels, LL.M. (Cantab.) im Rahmen ihrer Sommerakademie in St. Johann sowie Professor Dr. Markus Krajewski und Dr. Miriam Saage-Maaß im Zuge einer Summer School in Nürnberg wertvolle methodische und inhaltliche Anregungen gegeben.

Wesentlichen Anteil am Gelingen dieser Arbeit haben darüber hinaus meine Kolleg*innen am Lehrstuhl und die bemerkenswert freundschaftliche und respektvolle Atmosphäre am Heidelberger IPR-Institut. Der Austausch bei zahlreichen Mittags- und Kaffeepausen – oder dem eigens zur Diskussion

einberufenen *jour flexible* in Raum 45 des Instituts – hat dafür gesorgt, dass die vermeintlich einsame Promotionszeit ein Gemeinschaftsprojekt wurde. Mein besonderer Dank für ihr offenes Ohr, ihre hilfreichen Ideen und mühsame Korrekturarbeit gilt Professor Dr. Leonhard Hübner, MJur (Oxon.), Dr. Vanessa Ludwig, LL.M. (Duke), Dr. Lucienne Schlürmann und Alix Schulz, MJur (Oxon.).

Schließlich wäre all das nicht möglich gewesen ohne meine liebe Familie. Jonathan Petasch war mein Ruhepol. Geduldig hat er mein Arbeitspensum ertragen und mich bei Zweifeln zuversichtlich ermutigt und motiviert. Ich bin dankbar, dass er sowie meine Mutter Christel Nasse und mein Bruder Dr. Jan-Marcus Nasse mit meiner Schwägerin Paula-Marie Nasse und meiner Nichte Frieda meinen Lebensweg mit so großem Interesse und echter Anteilnahme begleiten. Ihre vielfältige Unterstützung und ihr bedingungsloser Rückhalt haben mir die Freiheit und den nötigen Mut für diese Forschungsarbeit gegeben. Gleiches gilt bis heute für meinen Vater Dr. Hubert Nasse (1951–2016), dessen besonnenen Rat ich oft vermisse und der mir mit seiner Neugier auf die Welt immer ein Vorbild war und sein wird. Ihm widme ich meine Arbeit.

Heidelberg, im Juli 2022

Laura Nasse

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einführung	1
§ 1 <i>Wirtschaft und Menschenrechte im französischen Privatrecht</i>	1
§ 2 <i>Gegenstand und Ziel der Untersuchung</i>	14
§ 3 <i>Forschungsstand</i>	15
§ 4 <i>Methodik</i>	16
§ 5 <i>Themenbegrenzung</i>	18
§ 6 <i>Gang der Untersuchung</i>	19
1. Teil: Vom <i>soft law</i> zum <i>hard law</i> – Entwicklung der Menschenrechtsverantwortung privater Unternehmen in Frankreich	21
§ 1 <i>Frankreich in der Vorreiterrolle</i>	22
§ 2 <i>Haftungslücken und Reformbestrebungen im französischen Deliktsrecht</i>	28
§ 3 <i>Der Weg zum <i>hard law</i> – Entstehungsgeschichte der <i>loi de vigilance</i></i> ..	45
§ 4 <i>Zusammenfassung in Thesen</i>	66
2. Teil: Die <i>loi n° 2017-399</i> vom 27. März 2017 zur Sorgfaltspflicht von Muttergesellschaften und Auftrag gebenden Unternehmen	69
§ 1 <i>Tatbestand der <i>loi de vigilance</i></i>	69

§ 2 <i>Rechtsfolgen der loi de vigilance</i>	159
3. Teil: Anwendung der <i>loi de vigilance</i> auf Auslandssachverhalte	213
§ 1 <i>Internationale Zuständigkeit französischer Gerichte</i>	213
§ 2 <i>Anwendbares Recht</i>	220
§ 3 <i>Zusammenfassung in Thesen</i>	271
4. Teil: Implikationen der <i>loi de vigilance</i> für Deutschland und Europa	275
§ 1 <i>Vergleich mit dem deutschen Lieferkettengesetz (LkSG)</i>	275
§ 2 <i>Ausblick – Impulse für ein europäisches Lieferkettengesetz</i>	298
§ 3 <i>Zusammenfassung in Thesen</i>	306
Ergebnisse in Thesen	309
Anhang: Vorschriften der <i>loi de vigilance</i> in ihren Entwicklungsstufen	315
Literaturverzeichnis	319
Sachregister	345

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einführung	1
§ 1 <i>Wirtschaft und Menschenrechte im französischen Privatrecht</i>	1
A. Menschenrechtsklagen vor französischen Zivilgerichten	1
I. <i>Loi Rana Plaza</i>	3
II. Menschenrechtsklagen als Konsequenz eines <i>double cloisonnement</i>	4
B. Völkerrechtlicher Hintergrund	5
I. Keine Menschenrechtsbindung privater Unternehmen	5
II. UNGP als internationaler Referenzrahmen	6
III. Umsetzung der UNGP – Abkehr von dem Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung	7
C. <i>Loi de vigilance</i> als das legislative Vergleichsobjekt	10
I. Reformdiskussion in Deutschland	10
II. Rechtsvergleichende Umschau	11
1. Schweiz	12
2. England	13
3. Frankreich	13
§ 2 <i>Gegenstand und Ziel der Untersuchung</i>	14
§ 3 <i>Forschungsstand</i>	15
§ 4 <i>Methodik</i>	16
A. Auslandsrechtliche Arbeit mit rechtsvergleichenden Elementen	16
B. Erweiterter Auslegungskanon: UNGP und nationale Begrifflichkeiten	17
§ 5 <i>Themenbegrenzung</i>	18
§ 6 <i>Gang der Untersuchung</i>	19

1. Teil: Vom <i>soft law</i> zum <i>hard law</i> – Entwicklung der Menschenrechtsverantwortung privater Unternehmen in Frankreich	21
§ 1 <i>Frankreich in der Vorreiterrolle</i>	22
A. <i>Loi NRE</i> (2001) als Vorläuferin der europäischen CSR-RL	22
B. Gesetz zur Ausrichtung der französischen Entwicklungspolitik (2014)	24
C. Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UNGP	24
D. <i>Loi Sapin II</i> (2016): Sorgfaltspflicht zur Korruptionsbekämpfung	25
E. <i>Loi de vigilance</i> (2017): Erneute Vorbildambitionen	27
§ 2 <i>Haftungslücken und Reformbestrebungen im französischen Deliktsrecht</i>	28
A. Haftung für <i>faute</i> , Art. 1240, 1241 C. civ.	29
I. Schaden	29
II. <i>Faute</i>	30
1. Menschenrechte als allgemeiner Sorgfalthmaßstab im Sinne der <i>faute</i> ?	31
2. Anknüpfung an freiwillige Selbstverpflichtungen?	32
3. Rechtsträgerprinzip als Hürde	34
4. Ausnahmen vom Rechtsträgerprinzip	34
a) Fallgruppen der Rechtsprechung: Rechtsschein und Einmischung	35
b) Insolvenzrecht: Vermögensvermischung, Fiktivität und Ausfallhaftung	36
c) Umweltrecht: Subsidiäre Haftung der Muttergesellschaft für Instandsetzung des genutzten Geländes	37
5. Zwischenergebnis zur <i>faute</i>	37
III. Ergebnis zur Haftung für <i>faute</i>	38
B. Haftung für das Verhalten Dritter	38
I. Gehilfenhaftung, Art. 1242 Abs. 5 C. civ.	38
II. Allgemeine Haftung für Dritte, Art. 1242 Abs. 1 C. civ.	39
III. Ergebnis zur Haftung für das Verhalten Dritter	40
C. Reformentwürfe	41
I. <i>Projet Catala</i> (2005)	41
II. <i>Projet Terré</i> (2011)	42
III. Entwurf des Justizministeriums (2017)	43
IV. Ergebnis zu den Reformentwürfen	44
D. Ergebnis zu den Haftungslücken	45

§ 3	<i>Der Weg zum hard law – Entstehungsgeschichte der loi de vigilance</i> . . .	45
A.	Zentrale Rolle der französischen Zivilgesellschaft	45
I.	Engagement französischer Nichtregierungsorganisationen . . .	46
1.	Kampagnen gegen multinationale Unternehmen	46
2.	Strategische Prozessführung	47
II.	Außergewöhnliche Kooperation von Zivilgesellschaft und Abgeordneten der <i>Assemblée nationale</i>	48
B.	Erste Entwürfe	50
C.	Neuer Entwurf vom 11. Februar 2015 – Kompromiss mit großen Einschränkungen	52
D.	Verfassungsrechtliche Kontrolle durch den <i>Conseil</i> <i>constitutionnel</i>	54
I.	Abstrakte Normenkontrolle in Frankreich	55
II.	Teilweise Verfassungswidrigkeit der <i>loi de vigilance</i>	56
1.	Verstoß der <i>amende civile</i> gegen den Bestimmtheitsgrundsatz	56
2.	Kein Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Prinzip der persönlichen Haftung	60
3.	Keine Verletzung der unternehmerischen Freiheit	62
III.	Ergebnis zur verfassungsrechtlichen Kontrolle	65
§ 4	<i>Zusammenfassung in Thesen</i>	66
2. Teil:	Die loi n° 2017-399 vom 27. März 2017 zur Sorgfaltspflicht von Muttergesellschaften und Auftrag gebenden Unternehmen	69
§ 1	<i>Tatbestand der loi de vigilance</i>	69
A.	Persönlicher Anwendungsbereich	70
I.	Gesellschaften mit Sitz in Frankreich	70
II.	Beschränkung auf Großunternehmen	72
1.	Einbeziehung von Arbeitnehmern direkter oder indirekter „Filialen“	72
a)	<i>Filiales directes</i>	72
b)	<i>Filiales indirectes</i>	75
c)	Arbeitnehmergrenzen	76
2.	Rechtsform der verpflichteten Gesellschaft	77
a)	<i>Sociétés anonymes</i> (SA)	78
b)	<i>Sociétés par actions simplifiées</i> (SAS)	78
c)	<i>Sociétés en commandite par actions</i> (SCA)	79
d)	<i>Sociétés européennes</i> (SE)	80
III.	Bereichsausnahme für Gesellschaften der Unternehmensgruppe	80

IV. Künftige Entwicklung des persönlichen Anwendungsbereichs?	82
1. Kompromisscharakter der geltenden Fassung	82
2. Reformperspektiven	83
V. Ergebnis zum persönlichen Anwendungsbereich	84
B. Reichweite der Sorgfaltspflicht	85
I. Unmittelbar oder mittelbar kontrollierte Gesellschaften	86
1. Kontrolle als Schlüsselbegriff für die Unternehmensgruppe	86
2. Ausschließliche Kontrolle i.S.v. Art. L. 233-16 II. C. com.	87
3. Kontrollmöglichkeit oder tatsächliche Kontrolle?	88
4. Ergebnis zur Reichweite in der Unternehmensgruppe ...	90
II. Subunternehmer und Zulieferer mit gefestigter Geschäftsbeziehung	91
1. Subunternehmer und Zulieferer	91
2. Gefestigte Geschäftsbeziehung	92
a) Von <i>influence déterminante</i> zu <i>relation commerciale établie</i>	92
b) Konkretisierung durch die Rechtsprechung zur <i>rupture brutale</i>	94
c) Übertragung der <i>rupture brutale</i> -Rechtsprechung auf die <i>loi de vigilance</i> ?	95
aa) Ausschluss von punktuellen, aber signifikanten Vertragsbeziehungen	96
bb) Integration der gesamten Lieferkette?	98
(1) Fallbeispiel: <i>Das v. George Weston Limited (CA Ontario)</i>	98
(2) <i>Rupture brutale</i> in Kettenbeziehungen	99
(3) Auslegung der <i>loi de vigilance</i>	100
(4) Bewertung und Zwischenergebnis	101
3. Zusammenhang zwischen Tätigkeit und Geschäftsbeziehung	103
4. Ergebnis für Subunternehmer und Zulieferer	103
C. Inhalt der Sorgfaltspflicht	103
I. Erstellen eines <i>plan de vigilance</i>	104
1. Schutzbereich der Sorgfaltspflicht	104
a) Keine Definition im Gesetz	104
b) Menschenrechte und Grundfreiheiten	107
aa) Nationale Menschenrechtsquellen Frankreichs	109
bb) Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	110

(1) Nur mittelbare Bindung der Gesellschaften an die Menschenrechte	111
(2) Extraterritoriale Anwendbarkeit der EMRK	112
cc) Internationale Verpflichtungen Frankreichs zum Schutz der Menschenrechte	114
(1) Internationale Menschenrechtscharta	114
(2) ILO-Kernarbeitsnormen	117
dd) Konkretisierung der <i>loi de vigilance</i> anhand der Menschenrechtsquellen Frankreichs? – Offene Fragen	117
(1) Abschließender, einheitlicher menschenrechtlicher Referenzrahmen?	118
(2) Erweiterung des objektiven Referenzrahmens durch Selbstverpflichtung der Gesellschaften?	120
ee) Zwischenergebnis	121
c) Gesundheit und Sicherheit der Menschen	122
d) Umwelt	122
aa) Verfassungsrechtlicher Umweltschutz	122
bb) Einfachgesetzlicher Umweltschutz	123
(1) Umweltschaden im Öffentlichen Recht	123
(2) Umweltschaden im Zivilrecht	124
cc) Klimaklagen auf Grundlage der <i>loi de vigilance</i>	126
e) Beschränkung auf Prävention gegen gravierende Verletzungen	128
f) Ergebnis für den Schutzbereich der <i>loi de vigilance</i>	131
2. Maßnahmen angemessener Sorgfalt	132
a) Risikokartografie: Risikoermittlung, -analyse und -hierarchisierung	133
b) Verfahren zur regelmäßigen Kontrolle der Situation in den <i>filiales</i> und bei Subunternehmern und Zulieferern	135
c) Sorgfaltsmaßnahmen zur Vermeidung schwerwiegender Verletzungen	136
aa) Angemessenheit der Sorgfaltsmaßnahmen	137
bb) Keine konkreten Sorgfaltsmaßnahmen im Gesetz	138
cc) Künftiges Dekret der Regierung zur Vervollständigung der Sorgfaltsmaßnahmen	141
d) Warnmechanismus für bestehende oder sich realisierende Risiken	143
e) Überwachung und Evaluation der getroffenen Maßnahmen	145
aa) <i>Social audits</i> anstelle von staatlicher Kontrolle	145

bb) NGOs als externe Kontrollinstanz	147
3. Ausarbeitung des Plans in Zusammenarbeit mit den Stakeholdern	148
II. Effektive Umsetzung des <i>plan de vigilance</i>	151
III. Publizitätspflichten	151
1. Integration des Plans in den Geschäftsbericht	152
2. Zusätzliche Veröffentlichung des Plans	152
3. Umfang der Publizitätspflichten	153
IV. Ergebnis zum Inhalt der Sorgfaltspflicht: Orientierung an den UNGP und Rückbezug zum nationalen Recht	155
D. Zusammenfassung in Thesen	156
§ 2 <i>Rechtsfolgen der loi de vigilance</i>	159
A. Gerichtliche Anordnung zur Pflichterfüllung (<i>injonction</i>)	159
I. Präventive Zielrichtung der <i>injonction</i>	160
II. Vorherige außergerichtliche Mahnung (<i>mise en demeure</i>) ...	160
1. <i>Total (Uganda)</i>	162
2. <i>Total (Klima)</i>	162
3. <i>EDF</i>	163
4. <i>Teleperformance</i>	163
5. <i>XPO Logistics Europe</i>	164
6. <i>Suez</i>	164
7. <i>Casino</i>	165
8. Zwischenergebnis	166
III. Sachlich zuständiges Gericht	166
1. Allgemeine Zuständigkeitsregeln	167
2. Entscheidungen im Fall <i>Total (Uganda)</i>	168
3. Bewertung und Zwischenergebnis	170
4. <i>Cour de cassation</i> : Wahlrecht zwischen Zivil- und Handelsgericht	172
5. Neuer Art. L. 211-21 COJ: Ausschließliche Zuständigkeit des <i>Tribunal judiciaire de Paris</i>	173
IV. Rechtsschutzinteresse von Vereinigungen und Gewerkschaften	174
V. Rechtsfolgen: Leistungsanordnung und Zwangsgeld	176
VI. Ergebnis zur <i>injonction</i>	176
B. Deliktsrechtliche Haftung (<i>responsabilité civile</i>)	177
I. Einführung einer Haftung für eigene <i>faute</i>	177
II. Einschränkung des Rechtsträgerprinzips	178
1. Reformentwürfe <i>Catala</i> und <i>Terré</i> : Haftung aufgrund tatsächlich ausgeübter Kontrolle	179
2. Paradigmenwechsel zugunsten des Menschenrechtsschutzes	180

III. Haftungsvoraussetzungen	181
1. <i>Faute: Devoir de vigilance</i> als Erfolgs- oder Bemühenspflicht?	182
a) Inexistenter oder nicht publizierter Sorgfaltsplan	183
b) Unvollständiger oder ineffektiver Plan	183
c) Zwischenergebnis	185
2. Schaden	185
a) Modifikation des allgemeinen Schadensbegriffs	186
b) Ersatz reiner Umweltschäden	187
c) Ersatz immaterieller Schäden von Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen	188
d) Ersatz von Aufwendungen zur Abwendung drohender Schäden	191
3. Kausalitätsnachweis und Beweislastverteilung	192
a) Grundsatz: Beweislastverteilung zulasten des Geschädigten	193
b) Beweiserleichterungen zugunsten des Geschädigten	194
aa) Richterrechtliche Kausalitätsvermutung bei Risikoerhöhung	195
bb) Richterrechtliche Beweiserleichterung nach der <i>perte d'une chance</i> -Doktrin	197
cc) Abgrenzung des Grundsatzes der Risikoerhöhung von der <i>perte d'une chance</i> -Doktrin	200
4. Zwischenergebnis zu den Haftungsvoraussetzungen	201
IV. Haftungsfolgen	201
V. Prozessuale Durchsetzung	202
1. Verhältnis der Haftungsklage zu <i>mise en demeure</i> und <i>injonction</i>	202
2. Sachlich zuständiges Gericht	203
3. Prozessführungsbefugnis von Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen	203
4. Kollektiver Rechtsschutz	204
VI. Ergebnis zur deliktsrechtlichen Haftung	207
C. Zusammenfassung in Thesen	209
3. Teil: Anwendung der <i>loi de vigilance</i> auf Auslandssachverhalte	213
§ 1 Internationale Zuständigkeit französischer Gerichte	213
A. Klage gegen Gesellschaften mit Sitz in Frankreich	214
B. Klage gegen Gesellschaften mit Sitz außerhalb Frankreichs	214
I. Klage gegen Gesellschaften mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat: Gerichtsstand der Streitgenossenschaft, Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	215

II. Klage gegen Gesellschaften mit Sitz in einem Drittstaat	216
1. Gerichtsstand der Streitgenossenschaft, Art. 42 Abs. 2 CPC	216
2. Notzuständigkeit (<i>for de nécessité</i>)	218
C. Ergebnis: Internationale Zuständigkeit meist keine Hürde	219
§ 2 <i>Anwendbares Recht</i>	220
A. Qualifikation der <i>loi de vigilance</i> : Gesellschafts- vs. Deliktsstatut	220
I. Abgrenzung des Gesellschaftsstatuts vom Deliktsstatut	221
1. Das Deliktsstatut im französischen Kollisionsrecht	221
2. Das Gesellschaftsstatut im französischen Kollisionsrecht	221
3. Abgrenzung der beiden Statute nach Art der Sorgfaltspflicht	224
II. Gespaltene Qualifikation: Gesellschaftsrechtliche Sorgfaltspflicht, deliktsrechtliche Haftung	225
III. Einheitliche deliktsrechtliche Qualifikation	227
1. Sorgfaltspflicht: Drittschutz als Schutzzweck	227
2. Deliktsrechtliche Außenhaftung im Fall eines Sorgfaltspflichtverstoßes	228
3. <i>Injonction</i> als präventiver Sanktionsmechanismus – Parallele zur Qualifikation vorbeugender Unterlassungsansprüche	230
4. Alternative: Doppelqualifikation?	232
5. Bestätigung der deliktsrechtlichen Qualifikation durch den GEDIP-Entwurf zum internationalen Gesellschaftsrecht	233
IV. Ergebnis: <i>Loi de vigilance</i> als Teil des Deliktsstatuts	234
B. Freie Rechtswahl, Art. 14 Rom II-VO	234
C. Umweltdeliktsstatut, Art. 7 Rom II-VO	235
I. Sachlicher Anwendungsbereich	235
1. Umweltschädigung	236
2. Personen- oder Sachschaden aus einer Umweltschädigung	236
II. Erfolgsortanknüpfung	237
III. Handlungsortanknüpfung	238
1. <i>Cour d'appel de Paris</i> : Handlungsort am Ort der Emission im Ausland	238
2. <i>Rechtbank Den Haag</i> : Handlungsort am Verwaltungssitz der Muttergesellschaft	239
3. Bewertung und Zwischenergebnis	240
IV. Ergebnis zum Umweltdeliktsstatut	241

D.	Allgemeines Deliktsstatut, Art. 4 Rom II-VO	242
I.	Erfolgsortanknüpfung, Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO	242
II.	Korrektur der Erfolgsortanknüpfung	242
1.	Ausweichklausel, Art. 4 Abs. 3 Rom II-VO	243
a)	Einseitiges Bestimmungsrecht aus Gründen des Opferschutzes?	244
b)	Zwischenergebnis	245
2.	<i>Ordre public</i> , Art. 26 Rom II-VO	246
a)	<i>Loi de vigilance</i> als Teil des <i>ordre public international</i>	246
b)	Inlandsbezug zu Frankreich (<i>ordre public de proximité</i>)	248
c)	Rechtsfolge: Nichtanwendung der ausländischen Sachnorm zugunsten der <i>lex fori</i>	249
d)	Grundsätzlich kein <i>ordre public</i> -Verstoß im Kontext der Menschenrechtsklagen	250
e)	Zwischenergebnis	251
3.	Berücksichtigung der Sorgfaltspflicht auf Sachrechtsebene, Art. 17 Rom II-VO	252
a)	<i>Devoir de vigilance</i> als Sicherheits- und Verhaltensregel	252
b)	Handlungsort Frankreich	253
c)	Rechtsfolge: faktische Berücksichtigung	254
d)	Zwischenergebnis	256
4.	Ergebnis: Anwendbarkeit der <i>loi de vigilance</i> nur im Einzelfall	256
E.	Lösung: Qualifikation als Eingriffsnorm, Art. 16 Rom II-VO ...	256
I.	Funktion von Eingriffsnormen im IPR	257
II.	Voraussetzungen einer Eingriffsnorm	259
III.	<i>Loi de vigilance</i> als Eingriffsnorm	261
1.	Wortlaut	261
2.	Gesetzesbegründung und Entstehungsgeschichte	261
3.	Telos	263
4.	Rein zivilrechtliche Durchsetzungsmechanismen stehen Eingriffsnormcharakter nicht entgegen	264
5.	Zwischenergebnis	265
IV.	Inlandsbezug zu Frankreich: Internationaler Anwendungsbereich der <i>loi de vigilance</i>	265
V.	Umfang und Rechtsfolge der Eingriffsnorm	268
F.	Ergebnis: <i>Loi de vigilance</i> als „große“ Eingriffsnorm	270
§ 3	Zusammenfassung in Thesen	271

4. Teil: Implikationen der <i>loi de vigilance</i> für Deutschland und Europa	275
§ 1 Vergleich mit dem deutschen Lieferkettengesetz (LkSG)	275
A. Tatbestand	276
I. Persönlicher Anwendungsbereich	276
II. Inhalt der Sorgfaltspflicht	279
1. Schutzbereich	279
2. Sorgfaltsmaßnahmen	281
a) Angemessenes Risikomanagement (§ 4 LkSG)	282
b) Risikoanalyse (§ 5 LkSG)	283
c) Präventions- und Abhilfemaßnahmen (§ 6, 7 LkSG)	283
d) Beschwerdeverfahren (§ 8 LkSG)	285
e) Dokumentations- und Berichtspflicht (§ 10 LkSG)	285
f) Zwischenergebnis	286
III. Reichweite der Sorgfaltspflicht	286
1. Eigener Geschäftsbereich (§ 2 Abs. 6 LkSG)	287
2. Unmittelbare Zulieferer (§ 2 Abs. 7 LkSG)	288
3. Mittelbare Zulieferer (§ 2 Abs. 8 LkSG)	288
IV. Zwischenergebnis: Gemeinsamer Ursprung in den UNGP, aber unterschiedliche Regelungstiefe	290
B. Rechtsfolgen	291
I. <i>Loi de vigilance</i> : Reines <i>private enforcement</i>	291
II. Lieferkettengesetz: Reines <i>public enforcement</i>	292
III. Zwischenergebnis: Kompromiss statt <i>smart mix</i> in beiden Regelungen	295
C. Ergebnis: <i>Loi de vigilance</i> als Vorbild mit rechtspolitischem Signalcharakter	296
§ 2 Ausblick – Impulse für ein europäisches Lieferkettengesetz	298
A. Status quo: Berichtspflichten und sektorspezifische Verordnungen	298
B. Empfehlung des Europäischen Parlaments für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen	299
I. Ziele einer Harmonisierung auf EU-Ebene	300
II. Ambitionierte Vorgaben für das materielle Recht	301
III. Keine europäische Lösung für das Kollisionsrecht	302
C. Ergebnis: Unternehmerische Menschenrechtsverantwortung – ein <i>perpetuum mobile</i>	305
§ 3 Zusammenfassung in Thesen	306

Ergebnisse in Thesen	309
Anhang: Vorschriften der <i>loi de vigilance</i> in ihren Entwicklungsstufen	315
Literaturverzeichnis	319
Sachregister	345

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AJDA	Actualité juridique, droit administratif
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis (AJP)/Pratique Juridique Actuelle (PJA)
AktG	Aktiengesetz
AN	Assemblée nationale
Anm. (d. Verf.)	Anmerkung(en) (der Verfasserin)
Art.	Artikel / article(s)
AVR	Archiv des Völkerrechts
BB	Betriebs-Berater
Begr.	Begründer/in
BerDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt (der Bundesrepublik Deutschland)
BGH	Bundesgerichtshof
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Buff.L.Rev.	Buffalo Law Review
Bull. civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles
Bull. Joly Soc.	Bulletin Joly Sociétés
bzw.	beziehungsweise
C. civ.	Code civil
C. com.	Code de commerce
C. consom.	Code de la consommation
C. envir.	Code de l'environnement
C. pén.	Code pénal
C.C.	Conseil constitutionnel
CA	Cour d'appel/Court of Appeal
Cah. dr. entr.	Cahiers de droit de l'entreprise
Cass. ass. plén.	Cour de cassation, Assemblée plénière
Cass. civ.	Cour de cassation, Chambre civile
Cass. com.	Cour de cassation, Chambre commerciale
Cass. crim.	Cour de cassation, Chambre criminelle
Cass. mixte	Cour de cassation, Chambre mixte
Cass. soc.	Cour de cassation, Chambre sociale
CCC	Cahiers du Conseil constitutionnel

CCFD Terre solidaire	Comité Catholique Contre la Faim et pour le Développement – Terre Solidaire
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CE	Conseil d'État
CF	Constitution française
chron.	chronique
comm.	commentaire(s)
CPC	Code de procédure civile
COJ	Code de l'organisation judiciaire
CSR	Corporate Social Responsibility
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
D.	Recueil Dalloz
d. h.	das heißt
Dalloz IP/IT	Droit de la propriété intellectuelle et du numérique
DB	DerBetrieb
DC	décision
DDHC	Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
doctr.	doctrine
Dr. social	Droit social
Dr. Sociétés	Droit des sociétés
ECCHR	European Center for Constitutional and Human Rights
ECFR	European Company and Financial Law Review
EEl	Énergie – Environnement – Infrastructures
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EJIL	European Journal of International Law
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERPL	European Review of Private Law
Erwgr.	Erwägungsgrund
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA	England and Wales Court of Appeal
f. / ff.	folgende
FIDH	Fédération internationale pour les droits humains
Fn.	Fußnote(n)
frz.	französische(r/s/n)
FS	Festschrift
GEDIP	Groupe européen de droit international Privé
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GS	Gedächtnisschrift
HCDH	Haut-Commissariat des Nations Unies
Hervorh. (durch Verf.)	Hervorhebung(en) (durch die Verfasserin)
Hrsg.	Herausgeber/in
HS.	Halbsatz
i.S.d.	im Sinne der/des
i.S.v.	im Sinne von

i.V.m.	in Verbindung mit
ILO	International Labour Organization
insbes.	insbesondere
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JCl.	JurisClasseur Dalloz
JCP E	La Semaine Juridique – Entreprise et Affaires
JCP G	La Semaine Juridique – Édition Générale
JCP S	La Semaine Juridique – Social
JDI (Clunet)	Journal du Droit International <i>Clunet</i>
JETL	Journal of European Tort Law
JORF	Journal officiel de la République française
JZ	JuristenZeitung
LG	Landgericht
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
loi NRE	Loi n° 2001-420 du 15 mars 2001 relative aux nouvelles régulations économiques, JORF n° 113 du 16 mai 2001
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MRM	MenschenRechtsMagazin
NAP	Nationaler Aktionsplan
NGO	Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
n°	numéro
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
o. g.	oben genannte(n)
OLG	Oberlandesgericht
OR	Schweizer Obligationenrecht
PJL	projet de loi
PPL	proposition de loi
ProDESC	Proyecto de Derechos Economicos, Sociales y Culturales (NGO)
QPC	question prioritaire de constitutionnalité
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAW	Recht Automobil Wirtschaft
RDT	Revue de Droit du Travail
Resp. civ. et assur.	Responsabilité civile et assurance
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
RIC	Revue Internationale de la Compliance et de l'éthique des affaires
RIDE	Revue internationale de droit économique
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJSP	Revue des Juristes de Sciences Po
RL	Richtlinie
RLDA	Revue Lamy droit des affaires
Rn.	Randnummer(n)
RTD Civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RTD Com.	Revue trimestrielle de droit commercial
S.	Seite(n) / Satz
SA	société anonyme
SAS	société par actions simplifiées
SCA	société en commandite par actions
SE	société européenne
sog.	sogenannte(r/s/n)

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TA	texte adopté (frz. Gesetzgebungsverfahren)
TJ	Tribunal judiciaire
u. a.	unter anderem / und andere
UKSC	United Kingdom Supreme Court Decisions
UN	United Nations (Organization) (Vereinte Nationen)
UNGP	UN Guiding Principles
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
Urt.	Urteil
v.	von / vom
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WM	Wertpapier-Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZFPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVertriebsR	Zeitschrift für Vertriebsrecht
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess international

Einführung¹

§ 1 Wirtschaft und Menschenrechte im französischen Privatrecht

A. Menschenrechtsklagen vor französischen Zivilgerichten

„Total, rendez-vous au tribunal!“²

So lautet der Slogan einer Kampagne der französischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) *Les Amis de la Terre* und *Survie* gegen das französische Mineralölunternehmen *Total*. Die Kampagne wendet sich gegen zwei Großprojekte von *Total* in Uganda: Im Rahmen der Vorhaben „Tilenga“ und „East African Crude Oil Pipeline“ (kurz: „EACOP“) sollen in einem großen Naturschutzgebiet Bohrungen stattfinden und eine über 1400 km lange Pipeline durch Tansania bis an den Indischen Ozean gebaut werden.³ Nach Angaben der NGOs erfordere das eine Umsiedelung tausender Menschen und berge erhebliche Umweltrisiken. *Total* habe es bei der Planung versäumt, die Folgen seiner Projekte für die Rechte der lokalen Bevölkerung und die Umwelt ausreichend zu berücksichtigen.⁴ Dafür müsse das Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden.

Diese medienwirksame Kampagne existiert bereits seit Juni 2019. Inzwischen ist aus dem Slogan Wirklichkeit geworden. Gemeinsam mit ugandischen Vereinigungen reichten die NGOs im Herbst 2019 vor dem *Tribunal judiciaire de Nanterre* Klage gegen die *Total SA* ein.⁵ Mit Blick auf die rechtliche Struktur des Falls ist das nicht selbstverständlich. Denn nicht *Total SA*⁶,

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die gleichzeitige Verwendung der verschiedenen Sprachformen (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

² Siehe <<https://www.totalautribunal.org/>> (letzter Abruf 1.2.2022).

³ *Les Amis de la Terre France/Survie*, Un cauchemar nommé Total, 19.10.2020.

⁴ *Les Amis de la Terre France/Survie*, Total mise en demeure pour ses activités en Ouganda, 25.6.2019.

⁵ *Les Amis de la Terre France*, Le devoir de vigilance: première saisine d'un tribunal français pour le cas de Total en Ouganda, 23.10.2019.

⁶ Die *Total SA* hat sich im Juli 2020 in eine SE umgewandelt, siehe die Pressemitteilung vom 17.7.2020, abrufbar unter <<https://www.totalenergies.com/fr/medias/actualite/actua>

die Muttergesellschaft mit Sitz in Paris, sondern eine 100 %ige Tochtergesellschaft ugandischen Rechts (*Total Uganda B. V.*) führt in Uganda die Umsiedelungen durch, wobei sie sich teilweise eines ugandischen konzernunabhängigen Subunternehmens (*Atacama Consulting Ltd.*) bedient.⁷ Dass sich dennoch die französische Muttergesellschaft vor Gericht verantworten muss, erklärt sich durch die Rechtsgrundlage der Klage: die *loi de vigilance*.

Dem Gesetz „relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d’ordre“ vom 27. März 2017⁸ kommt eine Pionierrolle zu. Es führt erstmals eine verbindliche Sorgfaltspflicht für Muttergesellschaften und Auftrag gebende Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte und Umwelt ein. Die Sorgfaltspflicht erstreckt sich nicht nur auf die Tätigkeit der Mutter- bzw. Auftraggebergesellschaft selbst, sondern auch auf diejenige von Tochtergesellschaften und Zulieferern im Ausland.⁹ Gegenstand der Pflicht ist das Erstellen, Umsetzen und Publizieren eines sog. Risikoüberwachungsplans (*plan de vigilance*). Zur Durchsetzung ist insbesondere eine – in dieser Form bislang einzigartige – zivilrechtliche Außenhaftung auf Grundlage der deliktsrechtlichen Generalklausel des *Code civil* vorgesehen.

Die Betroffenen in Uganda rügen, dass die *Total SA* ihren Verpflichtungen aus dem neuen Gesetz nicht ausreichend nachgekommen sei. Das Gericht solle die Gesellschaft daher unter Androhung eines Zwangsgeldes verpflichten, die Anforderungen der *loi de vigilance* zu erfüllen, um schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und Umweltschädigungen zu verhindern. Stellt das Gericht einen Sorgfaltspflichtverstoß fest, möchten die NGOs zudem Ersatz für bereits eingetretene Schäden verlangen.¹⁰

Mit diesem Pilotverfahren auf Grundlage der *loi de vigilance* wird vor französischen Zivilgerichten derzeit eine Frage verhandelt, die auch in anderen Rechtsordnungen zunehmend an Bedeutung gewinnt: Welche Rolle nehmen private Unternehmen in der Gesellschaft ein und welche Verantwortung tragen sie gegenüber der Gesellschaft?¹¹ Unter dem Stichwort der

lites/total-adopte-statut-societe-europeenne> (letzter Abruf 1.2.2022). Da die Klage noch gegen *Total SA* erhoben wurde, wird im Folgenden dennoch von *Total SA* gesprochen.

⁷ *Les Amis de la Terre France/Survie*, Manquements graves à la loi sur le devoir de vigilance, 24.6.2019.

⁸ Loi n° 2017-399 du 27 mars 2017 relative au devoir de vigilance des sociétés mères et des entreprises donneuses d’ordre, JORF n° 0074 du 28 mars 2017.

⁹ Siehe *infra* S. 85 ff.

¹⁰ Siehe <s://www.totalautribunal.org/> (letzter Abruf 1.2.2022).

¹¹ Vgl. beispielsweise den neuen Art. 1833 Abs. 2 C. civ.: „La société est gérée dans son intérêt social, en prenant en considération les enjeux sociaux et environnementaux de son activité.“, eingefügt durch Loi n° 2019-486 du 22 mai 2019 relative à la croissance et la transformation des entreprises (*loi PACTE*), JORF n° 0119 du 23 mai 2019. Zur Reformulierung des *intérêt social* in Frankreich u. a. *Fleischer*, ZGR 2018, 703 ff.; *Paillassseau*, D. 2018, 1395 ff.

sog. Menschenrechtsklagen ist in diesem Zusammenhang die Frage in den Fokus gerückt, ob transnational agierende Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette Menschenrechte achten müssen und ob sie für mögliche Verletzungen haftbar gemacht werden können.¹²

Im französischen Recht war eine solche Haftung – wie noch zu zeigen ist – bislang kaum möglich.¹³ Ziel der *loi de vigilance* ist es deshalb, diese Haftungslücken zu schließen und „transnationale Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen, um Tragödien in Frankreich und im Ausland zu verhindern und im Falle von Beeinträchtigungen der Menschenrechte und Umwelt eine Entschädigung der Opfer zu erreichen.“¹⁴ Nach intensiver (rechts-)politischer Debatte hat der französische Gesetzgeber das weltweit erste Lieferkettengesetz¹⁵ verabschiedet und so Menschenrechtsklagen vor französischen Zivilgerichten den Weg geebnet.

Abstrakt und gegenüber der Realität stark vereinfacht liegt diesen Klagen folgende Fallgestaltung zugrunde: Eine in Frankreich ansässige Mutter- oder Auftraggebergesellschaft lässt im Ausland durch eine Tochtergesellschaft oder einen Zulieferer Produkte herstellen. Verletzen letztere die Menschenrechte ihrer Beschäftigten, von Anwohnern oder unbeteiligten Dritten, stellt sich die Frage, ob die Geschädigten neben der Tochtergesellschaft und dem Zulieferer auch die Mutter- oder Auftraggebergesellschaft in Anspruch nehmen können, sofern diesen ein Organisationsverschulden vorgeworfen werden kann. Seit Inkrafttreten der *loi de vigilance* ist dies in Frankreich möglich.

I. Loi Rana Plaza

Den Anstoß für diese gesetzgeberische Innovation gab ein tragisches Unglück in Bangladesch: Bei dem Einsturz eines achtstöckigen Fabrikgebäudes am 24. April 2013 wurden mindestens 1.138 Menschen getötet und über 2.500 Menschen verletzt.¹⁶ Die im Gebäude untergebrachten Fabriken pro-

¹² Vgl. u. a. *Fleischer/Korch*, ZIP 2019, 2181 ff.; *Gless*, in: FS Rogall, 2018, S. 327 ff.; *Grimonprez*, *Revue des sociétés* 2009, 715 ff.; *Habersack/Ehrl*, AcP 219 (2019), 155 ff.; *Hübner*, Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen, 2022, *passim*; *Martin-Chenut/de Quenaudon* (Hrsg.), *La RSE saisie par le droit*, 2016; *Thomale/Hübner*, JZ 2017, 385 ff.; *Thomale/Murko*, EuZA 2021, 40 ff.; *Wagner*, *RebelsZ* 80 (2016), 717 ff.; *Weller/Kaller/Schulz*, AcP 216 (2016), 387 ff.; *Weller/Thomale*, ZGR 2017, 509 ff.

¹³ Siehe *infra* S. 28 ff.

¹⁴ PPL n° 2578, 11.2.2015, S. 4: „[...] responsabiliser ainsi les sociétés transnationales afin d’empêcher la survenance de drames en France et à l’étranger et d’obtenir des réparations pour les victimes en cas de dommages portant atteinte aux droits humains et à l’environnement.“

¹⁵ Die Bezeichnungen Lieferketten- und Sorgfaltspflichtengesetz werden synonym verwendet.

¹⁶ *ILO*, *The Rana Plaza Accident and its aftermath*, 21.12.2017.

duzierten u. a. Kleidung für *Mango*, *C&A*, *Camaïeu* und *Auchan*.¹⁷ Der Name des Fabrikgebäudes, *Rana Plaza*, steht seitdem sinnbildlich für einen der schwersten Unfälle im internationalen Textilsektor. Er ist nur eines von vielen tragischen Ereignissen, die der Veranschaulichung dienen könnten, hat sich in Frankreich aber zu dem paradigmatischen Fall entwickelt: Die Entwürfe zur *loi de vigilance* nehmen stellvertretend für zahlreiche andere Beispiele auf das Unglück Bezug.¹⁸ Da in den Trümmern des Fabrikgebäudes u. a. Kleidungsstücke mit Labeln französischer Marken gefunden worden waren und die französischen Auftraggeber teilweise ihre Geschäftsbeziehung zu den Zulieferern im *Rana Plaza* leugneten, war es laut Gesetzesbegründung Zeit, „Alarm zu schlagen“.¹⁹ Das Gesetz wird deshalb auch als *loi Rana Plaza* bezeichnet.²⁰

II. Menschenrechtsklagen als Konsequenz eines *double cloisonnement*

Der *Rana Plaza*-Einsturz zeigt plastisch negative Aspekte einer stetig fortschreitenden Globalisierung und damit verbundenen Verlagerung der Produktionsstätten von Unternehmen im Globalen Norden in Länder des Globalen Südens.²¹ Idealerweise profitieren alle Beteiligten davon: Aufgrund niedrigerer Produktionskosten können die Unternehmen aus dem Globalen Norden gewinnbringender produzieren als in ihrem Heimatstaat und ihre Waren auf dem heimischen Markt zu niedrigeren Preisen anbieten; zugleich fördern sie mit der Verlagerung ihrer Produktion die Entwicklung der Wirtschaft im Globalen Süden.²² Tatsächlich beruht der Profit der Unternehmen (und Kunden) aber oftmals auf einer Benachteiligung der Menschen im Globalen Süden: Die Vorwürfe reichen von Landnahmen und Zwangsumsiedlungen im Zusammenhang mit Agrarinvestitionen und Rohstoffabbau über gesundheitsschädigende und lebensgefährliche Arbeitsbedingungen in Zuliefererbetrieben bis hin zu Rohstoffgewinnung und Produktion unter Einsatz von Kinderarbeit.²³

¹⁷ *Public Eye*, *Rana Plaza – Fabrikeinsturz in Bangladesch*, 2020.

¹⁸ Vgl. PPL n° 1519 und n° 1524, 6.11.2013, S. 2; PPL n° 1777, 11.2.2014, S. 2; PPL n° 1897, 29.4.2014, S. 2 und PPL n° 2578, 11.2.2015, S. 4.

¹⁹ Statt aller Entwürfe PPL n° 2578, 11.2.2015, S. 4: „Au-delà de cet événement tragique les exemples [...] ne manquent pas pour nous inciter à tirer la sonnette d’alarme“.

²⁰ *Petitjean*, *Devoir de vigilance*, 2019, S. 133 f.

²¹ Zum ökonomischen Hintergrund siehe *Habersack/Ehrl*, *AcP* 219 (2019), 155, 158 ff.; *Hübner*, *Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen*, 2022, S. 19 ff.

²² *Hübner*, *Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen*, 2022, S. 23 f.; *Rühl*, in: *FS Windbichler*, 2020, S. 1413, 1413 f.

²³ Vgl. *Saage-Maaß*, *Unternehmen zur Verantwortung ziehen*, 2017, S. 7 ff. Die Studie *International Labour Office/United Nations Children’s Fund*, *Child Labour: Global estimates 2020, trends and the road forward*, 2021 ergab, dass weltweit 160 Millionen Kinder im Alter von 5–17 Jahren arbeiten, davon die Hälfte unter gefährlichen Bedingungen.

Als rechtlicher Rahmen für diese wirtschaftliche Entwicklung wird ein *double cloisonnement*, d. h. eine doppelte „Abschottung“, identifiziert.²⁴ Zum einen spaltet das Recht die wirtschaftliche Einheit „Unternehmen“ in einzelne Gesellschaften auf, die jeweils Träger von Rechten und Pflichten sind.²⁵ Im internationalen Kontext führt dies zu einer weiteren Trennung: Das anwendbare Recht wird für jeden Rechtsträger einzeln bestimmt, so dass diese unterschiedlichen Rechtsordnungen unterliegen.²⁶ Dass multinationale Unternehmen in der Folge von unterschiedlichen Regulierungsniveaus und/oder Rechtsdurchsetzungsdefiziten im Ausland profitieren und ihren Produktionsstandort danach wählen können, ist grundsätzlich zulässig.²⁷ Beruhen die wirtschaftlichen Vorteile jedoch auf Produktionsbedingungen, die wegen niedrigerer oder nicht durchgesetzter Schutzstandards zu Menschenrechtsverletzungen führen, stellt sich die Frage nach der Verantwortlichkeit für daraus resultierende Schäden.²⁸

B. Völkerrechtlicher Hintergrund

I. Keine Menschenrechtsbindung privater Unternehmen

Hintergrund der nationalen Reform im französischen Privatrecht und damit der Durchsetzung der Menschenrechte über das Privatrecht (*private enforcement*)²⁹ ist die fehlende Menschenrechtsbindung privater Unternehmen

²⁴ *Dubin*, in: *Dubin/Bodeau-Livinec/Iten u. a. (Hrsg.), L'entreprise multinationale et le droit international*, 2017, S. 13, 19 ff.; *Pataut*, in: *Dubin/Bodeau-Livinec/Iten u. a. (Hrsg.), L'entreprise multinationale et le droit international*, 2017, S. 73 ff.; ähnlich *Weller/Nasse*, *ZGR-Sonderheft 22 (2020)*, 107, 129 zu einem Kombinationsdefizit aus defizitärem Auslandsrecht und defizitärem Inlandskollisionsrecht.

²⁵ *Pataut*, in: *Dubin/Bodeau-Livinec/Iten u. a. (Hrsg.), L'entreprise multinationale et le droit international*, 2017, S. 73 ff.

²⁶ Vgl. *d'Avout*, *Recueil des cours* 397 (2019), 9, 109 ff.

²⁷ Vgl. *Mahiou*, *Recueil des cours* 337 (2008), 9, 264: „En effet, les entreprises s'organisent et fonctionnent en cherchant légitimement à optimiser leurs profits, en tirant avantage de la division du monde en Etats souverains; autrement dit, leurs investissements et la création de filiales se déterminent par des stratégies financières, fiscales et sociales [...]“; *Marrella*, *Recueil des cours* 385 (2017), 33, 66; *Weller/Nasse*, *ZGR-Sonderheft 22 (2020)*, 107, 127.

²⁸ Vgl. *Görgen*, *Unternehmerische Haftung*, 2019, S. 43 ff.; *Nordhues*, *Haftung für Menschenrechtsverletzungen im Konzern*, 2018, S. 25 ff.; *Saage-Maaß*, *Unternehmen zur Verantwortung ziehen*, 2017; *Weller/Nasse*, *ZGR-Sonderheft 22 (2020)*, 107, 111 ff.

²⁹ Zur *Leverage-* und *Komplementärfunktion* des *private enforcement* am Beispiel des Menschenrechts- und Klimaschutzes *Kahl/Weller*, in: dies. (Hrsg.), *Climate Change Litigation*, 2021, S. 532, Rn. 55 ff.; *Weller/Tran*, *ZEuP* 2021, 573, 575 ff.; zum *private enforcement* ebenso *Hübner*, *Unternehmenshaftung für Menschenrechtsverletzungen*, 2022, S. 442 ff.; *Thomale/Murko*, *EuZA* 2021, 40, 48; *Weller/Thomale*, *ZGR* 2017, 509, 515.

auf völkerrechtlicher Ebene: Menschenrechtsschutz ist primär Aufgabe der Staaten; als originäre Völkerrechtssubjekte sind sie Adressaten der Menschenrechte und zu deren Schutz verpflichtet.³⁰ Unternehmen sind dagegen nach herrschender Auffassung als Privatrechtssubjekte nicht unmittelbar an die Menschenrechte gebunden.³¹ Zwar wird bereits seit Jahrzehnten über die völkerrechtliche Regulierung von Wirtschaft und Menschenrechten diskutiert, doch konnte bis heute kein Konsens gefunden werden.³² Aus dem Völkerrecht ergibt sich folglich keine Verpflichtung für Unternehmen, in ihrer Wertschöpfungskette Menschenrechte zu achten und etwaige Schäden wiederherzustellen.

II. UNGP als internationaler Referenzrahmen

Ausfluss der Regulierungsversuche auf völkerrechtlicher Ebene und internationaler Referenzrahmen für die Menschenrechtsverantwortung von Unternehmen sind die „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ (UNGP) aus der Feder des UN-Sonderberichterstatters *Ruggie*.³³ Der Bericht, den der UN-Menschenrechtsrat im Jahr 2011 als Resolution verabschiedet hat, besteht aus drei Säulen: Neben der staatlichen Pflicht, die Men-

³⁰ v. *Arnauld*, Völkerrecht, 2019, Rn. 631; *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, 2021, 691 ff.; *Marrella*, Recueil des cours 385 (2017), 33, 87 ff.; *Mahiou*, Recueil des cours 337 (2008), 9, 265; *Oeter*, in: Ipsen, Völkerrecht, 2018, § 50 Rn. 33.

³¹ *Dupuy/Kerbrat*, Droit international public, 2018, Rn. 194 ff.; *Hobe*, Völkerrecht, 2020, S. 128; *Kempen/Hillgruber/Grabenwarter*, Völkerrecht, 2021, § 10 Rn. 69; *Krajewski*, MRM 2012, 66, 71; *Peters*, Jenseits der Menschenrechte, 2014, S. 91; dafür aber beispielsweise *Emmerich-Fritsche*, AVR 45 (2007), 541 ff.

³² Bereits seit den 1980er Jahren wurde erfolglos versucht, Verhaltensstandards für transnationale Unternehmen zu etablieren. Beispiele sind der *Draft United Nations Code of Conduct on Transnational Corporations* (siehe ILM 23 (1984), 626) und die *Draft Norms on the Responsibilities of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with regard to Human Rights* (UN-Doc. E/CN.4/Sub.2/2003/12/Rev. 2(2003)); siehe dazu *Hobe*, Völkerrecht, 2020, S. 128; *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, 2021, Rn. 711 ff.; *Marrella*, Recueil des cours 385 (2017), 33, 72 ff.; *Oeter*, in: Ipsen, Völkerrecht, 2018, § 50 Rn. 37. 2014 hat der UN-Menschenrechtsrat eine *Open-ended Intergovernmental Working Group (OEIGWG)* zur Ausarbeitung eines völkerrechtlichen Vertrages eingerichtet (*Human Rights Council, Elaboration of an International Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Respect to Human Rights*, UN-Doc. A/HRC Res. 26/9 v. 14.7.2014). 2018 wurde ein „Zero draft“ für einen solchen Vertrag vorgelegt. Seit dessen Überarbeitungen von 2019 („Revised draft“) und 2020 („Second revised draft“) konnte aber noch kein Konsens gefunden werden. (Die Entwürfe sind jeweils abrufbar unter <<https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/WGTransCorp/Pages/IGWGOnTNC.aspx>> (letzter Abruf 1.2.2022)).

³³ UN Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations “Protect, Respect and Remedy” Framework, UN-Doc. A/HRC/17/31 Res. v. 21.3.2011.

schenrechte zu schützen (*state duty to protect*), steht die Verantwortung der Unternehmen, die Menschenrechte zu respektieren (*corporate responsibility to respect*).³⁴

UNGP 17 formuliert die Erwartung, dass „Wirtschaftsunternehmen Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der Menschenrechte walten lassen“. Das gilt nicht nur für die eigene Tätigkeit der Unternehmen, sondern auch für ihre Geschäftsbeziehungen. Dritter Pfeiler ist der Zugang von Betroffenen zu Abhilfe (*access to remedy*).

Die UNGP führen indes keine neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen ein, sondern sind unverbindliches *soft law*.³⁵ Ihre Umsetzung ist somit von dem politischen Willen der einzelnen Staaten abhängig.³⁶ Trotz ihrer Unverbindlichkeit geben die UNGP wichtige Impulse, Maßnahmen zur Wahrung der staatlichen Schutzpflicht und zur Sicherung des Zugangs zu Wiedergutmachung zu ergreifen.³⁷ Ihre Umsetzung auf europäischer und nationaler Ebene hat einen Wandel vom *soft law* zum *hard law* angestoßen.³⁸

III. Umsetzung der UNGP – Abkehr von dem Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung

Die mangelnde Menschenrechtsbindung von Unternehmen bedeutet nicht, dass Menschenrechte bei der Ausübung unternehmerischer Tätigkeiten keine Beachtung fänden. Sie bilden einen Kernbereich der sog. *Corporate Social Responsibility* (CSR) vieler Unternehmen.³⁹ Diese wurde im Jahr 2001 von der Europäischen Kommission als ein Konzept definiert, „das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.“⁴⁰ Unternehmen können sich zur Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung selbst zur Achtung der Menschenrechte verpflichten, indem sie in Form eines *Code of Conduct* eigene Stan-

³⁴ Marrella, Recueil des cours 385 (2017), 33, 74.

³⁵ UNGP, Allgemeine Prinzipien: „Diese Leitprinzipien sind nicht so auszulegen, dass durch sie neue völkerrechtliche Verpflichtungen geschaffen oder etwaige Rechtsverpflichtungen eines Staates eingeschränkt oder untergraben würden, die dieser nach dem Völkerrecht mit Bezug auf die Menschenrechte eingegangen ist oder denen er unterworfen sein mag.“

³⁶ Ruggie, Just Business, 2013, S. 45; ähnlich Peters, Jenseits der Menschenrechte, 2014, S. 94, die von einer politisch-moralischen Verbindlichkeit spricht.

³⁷ Marrella, Recueil des cours 385 (2017), 33, 77 f.

³⁸ Zur Entwicklung in Frankreich siehe *infra* S. 21 ff.

³⁹ Family, D. 2013, 1558, 1559 ff.; Kroker, CCZ 2015, 120, 121.

⁴⁰ KOM(2001) 366 endg., 20 (Hervorh. durch Verf.).

dards erarbeiten oder sich einem unverbindlichen, internationalen Verhaltensstandard wie dem *UN Global Compact*⁴¹ oder den UNGP unterwerfen.⁴²

Als Reaktion auf die UNGP hat der europäische Gesetzgeber ausgehend von dem Prinzip der Freiwilligkeit mit neueren CSR-Regelungen eine Entwicklung zu einer Verrechtlichung und einem höheren Grad an Verbindlichkeit in Gang gesetzt.⁴³ Ein Beispiel ist die europäische CSR-Richtlinie (CSR-RL).⁴⁴ Deren Art. 19a verpflichtet große Unternehmen zur Abgabe einer sog. nicht-finanziellen Erklärung über die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange sowie die Achtung der Menschenrechte.⁴⁵ Zur Stärkung nachhaltiger Investitionen verpflichtet die europäische Taxonomie-Verordnung dieselben Unternehmen dazu, ihre nicht-finanzielle Erklärung um Angaben über den Umfang ihrer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten zu ergänzen.⁴⁶

Diese Entwicklung setzt sich mit der Konfliktmineralien-Verordnung (Konfliktmineralien-VO)⁴⁷ fort. Sie führt ein verbindliches Kontroll- und Zertifizierungssystem für die Einfuhr von Mineralen und Metallen aus Konflikt- und Hochrisikogebieten ein, überlässt die Ausgestaltung von Sanktionsmechanismen aber den Mitgliedstaaten.⁴⁸ Neuerdings wird außerdem über verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten diskutiert: Im März 2021 verabschiedete das Europäische Parlament eine Empfehlung für

⁴¹ Siehe <<https://www.unglobalcompact.org/what-is-gc/mission/principles>> (letzter Abruf 1.2.2022); siehe näher dazu *Marrella*, Recueil des cours 385 (2017), 33, 68 m.w.N.

⁴² *Hobe*, Völkerrecht, 2020, S. 128; zum *UN Global Compact* und weiteren Standards wie den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen, den ILO-Kernarbeitsnormen und der ISO-Norm 26000 siehe *Voland*, BB 2015, 67 ff.

⁴³ *Kroker*, CCZ 2015, 120, 122 f.; *Voland*, BB 2015, 67, 72; vgl. auch die neue CSR-Definition der Europäischen Kommission ohne ein Element der Freiwilligkeit: „Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“, KOM(2011) 681 endgültig, S. 7.

⁴⁴ Richtlinie 2014/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Richtlinie 2013/34/EU im Hinblick auf die Angabe nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Unternehmen und Gruppen, ABl. 2014 L 330.

⁴⁵ Die Berichtspflicht trifft gemäß Art. 19a Abs. 1 CSR-RL Unternehmen, „die Unternehmen von öffentlichem Interesse sind und am Bilanzstichtag das Kriterium erfüllen, im Durchschnitt des Geschäftsjahres mehr als 500 Mitarbeiter zu beschäftigen.“

⁴⁶ Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088, ABl. 2020 L 198, insbesondere Art. 8.

⁴⁷ Verordnung (EU) 2017/821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten, ABl. 2017 L 130; siehe dazu *Fehsel/Markmann*, EuZW 2021, 113 ff.

⁴⁸ Siehe näher dazu *Heßel/Klimke*, EuZW 2017, 446 ff.; *Teicke/Rust*, CCZ 2018, 39 ff.

eine Richtlinie über die Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen.⁴⁹

Auf nationaler Ebene haben die UNGP ebenfalls zu einer Sensibilisierung für die Menschenrechtsverantwortung von Unternehmen geführt, und auch dort zeichnet sich eine Abkehr von dem Prinzip der Freiwilligkeit ab: Auf Anstoß der *UN Working Group on Business and Human Rights* haben nationale Regierungen zur Umsetzung der UNGP sog. Nationale Aktionspläne aufgestellt.⁵⁰ Darüber hinaus haben einzelne Rechtsordnungen erste sektor- oder risikospezifische Gesetze, d. h. Regelungen für einen bestimmten Sektor oder ein besonderes menschenrechtliches Risiko, verabschiedet.⁵¹ Dazu zählt beispielsweise der englische *Modern Slavery Act*, wonach Unternehmen Rechenschaft darüber ablegen müssen, mit welchen Maßnahmen sie modernen Formen der Sklaverei und Menschenhandel begegnen.⁵² Sanktioniert wird aber nur das Fehlen des Berichts, indem der *High Court* das Unternehmen auf Antrag des *Secretary of State* zum Aufstellen des Berichts verpflichten kann.⁵³ In den Niederlanden wurde ein Gesetz verabschiedet, das Unternehmen eine verbindliche Sorgfaltspflicht gegen Kinderarbeit auferlegt.⁵⁴ Verstöße kann eine Aufsichtsbehörde auf Hinweis einer jeden Person mit Bußgeld sanktionieren; zudem drohen strafrechtliche Konsequenzen.⁵⁵

Für den französischen Gesetzgeber bilden die UNGP ebenfalls die zentrale Inspirationsquelle.⁵⁶ Er geht mit der *loi de vigilance* indes noch einen Schritt weiter, indem er eine sektorübergreifende unternehmerische Sorg-

⁴⁹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2021 mit Empfehlungen an die Kommission zur Sorgfaltspflicht und Rechenschaftspflicht von Unternehmen (2020/2129(INL)), P9_TA(2021)0073), siehe *infra* S. 299 ff.

⁵⁰ Report of the Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises, UN-Doc. A/HRC/23/32 v. 14.3.2013, S. 21; siehe näher dazu *Spießhofer*, Unternehmerische Verantwortung, 2017, S. 155 ff.; zum weltweiten Umsetzungsstand *Thomale/Murko*, EuZA 2021, 40, 44 ff.

⁵¹ Vgl. den weltweiten Vergleich gesetzlicher Verpflichtungen von *Grabosch*, Unternehmen und Menschenrechte, 2019.

⁵² UK Modern Slavery Act 2015, abrufbar unter <<https://www.legislation.gov.uk/ukpga/2015/30/contents/enacted>> (letzter Abruf 1.2.2022).

⁵³ Sec. 54 para. 11 Modern Slavery Act 2015: „The duties imposed on commercial organisations by this section are enforceable by the Secretary of State bringing civil proceedings in the High Court for an injunction [...]“

⁵⁴ Wet van 24 oktober 2019 houdende de invoering van een zorgplicht ter voorkoming van de levering van goederen en diensten die met behulp van kinderarbeid tot stand zijn gekomen (Wet zorgplicht kinderarbeid), Staatsblad 2019, 401. Das Gesetz tritt voraussichtlich 2022 in Kraft.

⁵⁵ *Grabosch*, Unternehmen und Menschenrechte, 2019, S. 46; *Thomale/Murko*, EuZA 2021, 40, 45.

⁵⁶ *Danis-Fatôme/Deckert/Niboyet u. a.*, in: Kessedjian/Cantú Rivera (Hrsg.), Private international law aspects of corporate social responsibility, 2020, S. 353, 355.

faltspflicht zum Schutz der Menschenrechte und Umwelt einführt und diese mit einer deliktsrechtlichen Haftung flankiert. Zur Begründung macht der französische Gesetzgeber geltend, die Europäische Kommission habe zur Umsetzung der UNGP durch die einzelnen Staaten aufgerufen.⁵⁷ Die UNGP forderten von Unternehmen, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte, die mit ihrer Geschäftstätigkeit unmittelbar verbunden seien, zu verhindern oder abzumildern, selbst wenn sie nicht unmittelbar dazu beigetragen hätten.⁵⁸ Dafür sei es erforderlich, dass sie angemessene Sorgfaltsmaßnahmen durchführten.⁵⁹ Wenig überraschend lassen die ersten Entwürfe der *loi de vigilance* daher eindeutige Parallelen zu den UNGP erkennen.⁶⁰

C. *Loi de vigilance* als das legislative Vergleichsobjekt

I. Reformdiskussion in Deutschland

Entgegen der Entwicklung in Frankreich hielt der deutsche „Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ (NAP) von Dezember 2016 noch an dem Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung fest.⁶¹ Die Erwartung der Bundesregierung, dass wenigstens 50 % der Unternehmen mit über 500 Beschäftigten selbstständig Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten umsetzen, wurde indes enttäuscht: Das Monitoringverfahren ergab, dass weniger als 20 % der Unternehmen die Anforderungen des NAP erfüllen.⁶² Für diesen Fall sehen der NAP und der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD die Einführung gesetzlicher Maßnahmen vor.⁶³ Denn nach überwiegender Auffassung lässt sich eine zivilrechtliche Haftung von Mutter- und Auftraggebergesellschaften für Menschenrechtsverletzungen *de*

⁵⁷ PPL n° 1519, 6.11.2013, S. 3; PPL n° 2578, 11.2.2015, S. 6.

⁵⁸ PPL n° 1519, 6.11.2013, S. 3, 8; vgl. auch UNGP 13 und 17 (a).

⁵⁹ PPL n° 1519, 6.11.2013, S. 3; PPL n° 2578, 11.2.2015, S. 5; vgl. auch UNGP 17 ff.

⁶⁰ Siehe *infra* S. 50 ff.

⁶¹ *Auswärtiges Amt*, Nationaler Aktionsplan: Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2016-2020, 2016, S. 7 ff. (im Folgenden: NAP, 2016), abrufbar unter <<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/297434/8d6ab29982767d5a31d2e85464461565/nap-wirtschaft-menschenrechte-data.pdf>> (letzter Abruf 1.2.2022); *Nasse*, ZEuP 2019, 773, 775; *Weller/Nasse*, in: FS Ebke, 2021, S. 1071.

⁶² Abschlussbericht des NAP Monitorings (2018–2020), S. 5, abrufbar unter <<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2405080/3e080423f4602580404eaf560a07be3e/201013-nap-monitoring-abschlussbericht-data.pdf>> (letzter Abruf 1.2.2022).

⁶³ *Auswärtiges Amt*, NAP, 2016, S. 10; Ein neuer Aufbruch für Europa, Eine neue Dynamik für Deutschland, Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, 14.3.2018, S. 156, abrufbar unter <<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>> (letzter Abruf 1.2.2022).

Sachregister

- Abhilfe
– Abhilfemaßnahmen 127, 283 f., 295 f.
– Zugang zu ~ 7, 51, 160
access to remedy, siehe Abhilfe
action de groupe, siehe Rechtsschutz, kollektiver
Aktionsplan, nationaler 10, 24 f.
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 107, 114–116
amende civile 54, 56–60, 264 f.
Ankerklage 215–217
Anwendungsbereich
– Bereichsausnahme 80 f.
– Entwicklung 82–84
– internationaler 265–268
– persönlicher 53, 70–85, 276–279, 301
– Rechtsform 77–80
– Rom II-VO 224 f., 228
– Umweltdeliktstatut 235–237
assemblée nationale, siehe Nationalversammlung
atteintes graves 128–131, 186 f., 208
Ausfallhaftung 36 f.
Ausweichklausel 243–245, 303
- Bemühenspflicht 182–185
Berücksichtigung 252–256
Beschwerdemechanismus 143–145, 164, 285
Beschwerdeverfahren, siehe Beschwerdemechanismus
Beseitigungsanspruch, quasi-negatorischer 191 f.
Beweis
– Beweiserleichterung 194–201
– Beweislastumkehr 51, 54, 193–195, 302
– Beweislastverteilung 192–194
- bloc de constitutionnalité* 55 f., 109 f., 118
- Casino-Fall 165 f., 188 f.
Code of Conduct 7 f., 32 f.
codéfendeur, siehe Streitgenossenschaft
Comilog-Entscheidung 218 f.
conflit de catégories 232 f.
– siehe auch Doppelqualifikation
Conseil constitutionnel 54–66, 71, 102, 106, 122 f., 154
contrôle, siehe Kontrolle
corporate responsibility to respect, siehe Menschenrechtsverantwortung
Corporate Social Responsibility 7 f.
– siehe auch CSR-RL
CSR-RL 8, 22 f., 278, 298
- Das v. George Weston Limited*-Entscheidung 28, 98 f., 102 f., 136
Dekret 53, 105 f., 141–143
Deliktstatut 221, 227–232, 242–256
déni de justice, siehe Notzuständigkeit
dommage
– siehe auch Schaden
– *certain* 191, 197
– *purement moral* 188–190
Doppelqualifikation 226, 232 f.
droits humains, siehe Menschenrechte
Durchsetzung
– öffentlich-rechtliche, siehe *public enforcement*
– prozessuale 202–207
– zivilrechtliche, siehe *private enforcement*
duty of care 13, 217

- EDF-Fall 119 f., 163
- Einfluss
- beherrschender 88, 288
 - bestimmender 53, 92 f., 287 f.
- Eingriffsnorm 256–271
- Funktion 257 f.
 - *loi de vigilance* 261–265
 - Umfang 268–270
 - Voraussetzungen 259–261
- Empfehlung des Europäischen Parlaments 299–305
- environnement*, siehe Schutzbereich
- Erfolgort 221, 237 f., 242–256
- Erfolgspflicht 182–185
- Erika-Entscheidung 33, 125
- Europäische Union
- CSR-RL 8, 22 f., 278, 298
 - Empfehlung des Europäischen Parlaments 299–305
 - Konfliktministerien-VO 8, 139 f., 142
- Evaluation 135 f., 145–148
- faute* 177–185, 230, 250
- siehe auch Haftung für *faute*
- filiale* 72–76
- for de nécessité*, siehe Notzuständigkeit
- Freiheit, unternehmerische 62–65
- GEDIP 233 f., 305
- Gehilfenhaftung 38 f.
- Geldbuße, zivilrechtliche, siehe *amende civile*
- Gerichtsstand
- siehe auch internationale Zuständigkeit
 - siehe auch Notzuständigkeit
 - allgemeiner 214
 - der Streitgenossenschaft 215–217
- Geschäftsbeziehung, gefestigte 53, 92–103
- Gesellschaftssitz 70 f., 222 f., 266–268
- siehe auch Sitz
- Gesellschaftsstatut 221–226, 233 f.
- greenwashing* 136
- groupe de sociétés*, siehe Unternehmensgruppe
- Haftung
- Ausfall~ 36 f.
 - Außen~ 177–181, 228–230
 - deliktsrechtliche 28–45, 177–208
 - für das Verhalten Dritter 38–42
 - für *faute* 29–38, 42 f., 177–185
 - Gehilfen~ 38 f.
 - Haftungsfolgen 201 f.
 - Haftungslücken 28–45
 - Haftungsvoraussetzungen 181–201
 - LkSG 295 f., 301
 - *Loi de vigilance* 177–208
- Handelsgericht 166–174
- Handlungsort 238–241, 253–256
- ILO-Kernarbeitsnormen 105 f., 117
- influence déterminante*, siehe bestimmender Einfluss
- influence dominante*, siehe beherrschender Einfluss
- injonction* 159–176, 190 f., 202 f., 230–232
- Inlandsbezug 218 f., 248 f., 265–267
- intérêt à agir*, siehe Rechtsschutzinteresse
- Kausalität 192–201
- Kausalitätsvermutung 195–197
- Kausalzusammenhang, siehe Kausalität
- Klimaklage 126–128, 191, 231
- Kollisionsrecht 213–271
- Materialisierung 258, 304
- Konfliktministerien-VO 8, 139 f., 142
- Kontrolle
- ausschließliche 87–90
 - Begriff 86 f.
 - Kontrollmöglichkeit 88–90
- Konzernverantwortungsinitiative 12 f.
- Leistungsanordnung, siehe *injonction*
- Lieferkette, siehe Reichweite
- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz 11, 14, 275–298
- Loi de vigilance*
- Entstehungsgeschichte 45–66
 - erste Entwürfe 50–52
 - Ziel 3 f.
- Loi Sapin II* 25 f., 80 f., 144–147
- Mahnung, siehe *mise en demeure*
- Maßnahmenkatalog 132–148

- Menschenrechte
- Bindung Privater 5 f., 111 f.
 - Definition 104–121
 - Menschenrechtsklage 1–5, 15, 178–181, 243
 - Menschenrechtsverantwortung 7–9
- Menschenrechtscharta, internationale 114–117
- mise en demeure* 121, 160–166
- Multi-Stakeholder-Initiative 141, 148
- Nationalversammlung 48–50, 52 f., 173
- NGOs, *siehe* Nichtregierungsorganisationen
- Nichtregierungsorganisationen 45–50, 147 f., 173–175
- Normenkontrolle, abstrakte 54–66
- Notzuständigkeit 218 f., 302 Fn. 172
- ordre public* 246–251
- Inlandsbezug 248 f.
 - *international* 246 f.
- parties prenantes*, *siehe* Stakeholder
- Perenco*-Entscheidung 153, 238 f.
- perte d'une chance*-Doktrin 197–201
- plan de vigilance* 104–151, 182–185
- préjudice écologique pur*, *siehe* Umweltschaden im Zivilrecht
- Prinzip der persönlichen Haftung 60–62, 177–181
- private enforcement* 159–208, 291, 295 f.
- Privatrecht, Internationales, *siehe* Kollisionsrecht
- Projet Catala* 41–43, 97, 178–180
- Projet Terré* 42 f., 178 f.
- Prozessführung, strategische 47 f.
- Prozessführungsbefugnis 203 f.
- Prozesskostenhilfe 206 f.
- public enforcement* 292–295
- Publizitätspflicht 151–155
- Qualifikation 220–234
- Abgrenzung Gesellschafts- und Deliktsstatut 220–225
 - Eingriffsnorm 256–271
 - Doppel~ 226, 232 f.
 - einheitliche deliktsrechtliche 227–234
 - gespaltene 225–227
- Rana Plaza* 3 f., 28, 46, 78 f., 82, 96–99, 130 f., 136, 150, 193, 221, 242
- Recht, anwendbares, *siehe* Kollisionsrecht
- Rechtsform 77–80
- Rechtssache
- *Casino* 165 f., 188 f.
 - *Comilog* 218 f.
 - *Das v. George Weston Limited* 28, 98 f., 102 f., 136
 - *EDF* 119 f., 163
 - *Erika* 33, 125
 - *Perenco* 153, 238 f.
 - *RWE* 191
 - *Suez* 164 f.
 - *Teleperformance* 163 f.
 - *Total (Klima)* 127 f., 162 f., 188, 191
 - *Total (Uganda)* 1 f., 116 f., 120 f., 162, 168–173, 183 f.
 - *Tramway Jérusalem* 31 f., 33
 - *Vedanta* 13, 217
 - *XPO Logistics* 77, 164
- Rechtsschutz, kollektiver 204–207
- Rechtsschutzinteresse 174–176
- Rechtsträgerprinzip 34–37, 178–181
- Rechtswahl 234 f.
- Reformentwurf
- europäischer 299–305
 - für das französische Haftungsrecht 43 f., 59 f., 291 Fn. 814
 - *Projet Catala* 41–43, 97, 178–180
 - *Projet Terré* 42 f., 178 f.
- Reichweite, *siehe* Sorgfaltspflicht
- relation commerciale établie*, *siehe* gefestigte Geschäftsbeziehung
- responsabilité du fait d'autrui*, *siehe* Haftung für das Verhalten Dritter
- Risiko
- Risikoanalyse, *siehe* Risikokartografie
 - Risikoerhöhung 195–197, 200 f.
 - Risikokartografie 133–135, 163, 183
 - Risikoüberwachungsplan, *siehe* *plan de vigilance*
- Ruggie* 6 f., 282, 285, 288 f.
- rupture brutale* 94–101
- RWE*-Fall 191

- Sammelklage, *siehe* kollektiver Rechtsschutz
- Satzungssitz 222 f., 266–268
- Schaden 29, 185–191
- immaterieller 29, 187–190, 203 f.
 - Schadensersatz 201 f.
 - Umwelt~ 123–126, 187 f., 231
- Schutzbereich 104–131
- Katalog 105 f.
 - Menschenrechte 104–121
 - Umwelt 122–128
- Schutzpflicht, staatliche 5–7, 27, 119, 295
- Selbstverpflichtung, freiwillige 7–11, 32–34, 120 f.
- Sicherheits- und Verhaltensregel 226, 252–256
- siège*
- *réel*, *siehe* Verwaltungssitz
 - *social*, *siehe* Gesellschaftssitz
 - *statutaire*, *siehe* Satzungssitz
- Sitz
- Gesellschafts~ 70 f., 222 f., 266–268
 - Satzungs~ 222 f., 266–268
 - Verwaltungs~ 222 f., 239–241, 266–268, 277
- social audits* 135 f., 145–147
- société anonyme (SA)*, *siehe* Rechtsform
- société contrôlée*, *siehe* Kontrolle
- société en commandite par actions (SCA)*, *siehe* Rechtsform
- société européenne (SE)*, *siehe* Rechtsform
- société par actions simplifiées (SAS)*, *siehe* Rechtsform
- soft law* 7, 17 f., 21–27
- Sorgfaltsmaßnahmen 132–148, 281–286
- Angemessenheit 137 f.
- Sorgfaltspflicht
- Bemühenspflicht 182–185
 - Erfolgspflicht 182–185
 - rechtsträgerübergreifende 26, 34–38, 85, 90, 177–181
 - Reichweite 85–103, 286–290
 - sektorübergreifende 9 f., 138 f., 275, 297–302
- Sorgfaltsplan, *siehe* *plan de vigilance sous-traitant*, *siehe* Subunternehmer
- Stakeholder 7, 148–151, 285
- state duty to protect*, *siehe* staatliche Schutzpflicht
- Statut
- Delikts~ 221, 224 f., 242–256
 - Gesellschafts~ 221–226, 233 f.
 - Umweltdelikts~ 235–242
- Streitgenossenschaft 215–217
- Subunternehmer 91 f.
- Suez-Fall 164 f.
- Teleperformance*-Fall 163 f.
- Total*
- *Total (Klima)*-Fall 127 f., 162 f., 188, 191
 - *Total (Uganda)*-Fall 1 f., 116 f., 120 f., 162, 168–173, 183 f.
- Tramway Jérusalem*-Entscheidung 31 f., 33
- Überwachungsplan, *siehe* *plan de vigilance*
- Umweltdeliktsstatut 235–242
- Umweltschaden 123–126, 187 f., 231
- im Öffentlichen Recht 123 f.
 - im Zivilrecht 124–126, 187 f.
- Umweltschutz 122–128
- französische Umweltcharta 64 f., 122 f.
- UN Global Compact 8, 25, 33
- UN Guiding Principles 6–10, 17 f., 24 f., 128–130, 155 f., 281–291
- UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, *siehe* UN Guiding Principles
- UN-Sozialpakt 105, 116 f., 279
- Unterlassungsanspruch, vorbeugender 230–232
- Unternehmensgruppe 34, 72–76, 80 f., 86–90
- UN-Zivildpakt 105, 116 f., 279
- Vedanta*-Entscheidung 13, 217
- Verfassungsblock, *siehe* *bloc de constitutionnalité*
- Verfassungsrat, *siehe* *Conseil constitutionnel*
- Verwaltungssitz 222 f., 239–241, 266–268, 277
- Vorreiterrolle Frankreichs 11–14, 22–27

Warnmechanismus, *siehe* Beschwerdemechanismus

XPO Logistics-Fall 77, 164

Zuständigkeit

- internationale 213–220
- Not~ 218 f., 302 Fn. 172
- sachliche 166–174, 203
- Streitgenossenschaft 215–217